

## Kurzfassung Referat „Die Neutralität Österreichs, seine Chancen und Bedrohungen“

FriedensAttac-Treffen (online) am 2. Feb. 2021

Referent: Dr. Wilfried Leisch

Wilfried Leisch berichtet über die Entstehung der Neutralität Österreichs und die Verfassungsbestimmung, keinem Militärbündnis beizutreten. Genehmigungen für Transporte durch und über Österreich erteilt der Hauptausschuss des Parlaments. Zwecks Beteiligung an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU wurde der Artikel 23f der Bundesverfassung geschaffen, der Österreich die Teilnahme an humanitären Aufgaben und Rettungseinsätzen, friedenserhaltenden Aufgaben sowie Kampfeinsätzen bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen ([Petersberg-Aufgaben](#)) ermöglicht.

1999 hat die von den [USA](#) geführte [NATO](#)-Koalition im [Kosovokrieg](#) für ihre Luftangriffe in Serbien den österreichischen Luftraum benützt, obwohl Österreich dies nicht gestattet hatte. Gegen die insgesamt 61 Flugzeuge wurde diplomatisch protestiert, es wurden aber keine Abfangjäger eingesetzt.

Die schwarz-blaue Regierung unter Schüssel (2000-2007) stellte sogar eine NATO-Mitgliedschaft zur Diskussion. Bei der EU-Wahl 2019 setzten sich die NEOS für eine EU-Armee ein. Manche BH-Militärs argumentieren, dass Österreichs Neutralität durch eine EU-Armee trotz NATO-Verbindungen geschützt wäre.

Österreich bzw. das Bundesheer nimmt an verschiedenen, internationalen militärischen Aktivitäten teil:

**EU-PESCO (Ständige Strukturierte Zusammenarbeit – SSZ):** im Rahmen der [Europäische Verteidigungsagentur \(EDA\) | Europäische Union \(europa.eu\)](#) (Dänemark und GB sind nicht dabei) unterzeichneten die Regierungschefs von 25 Mitgliedsstaaten (inkl. Österreich, ohne GB, Malta und Dänemark) ein Abkommen im Bereich der Verteidigungsinvestitionen und der Fähigkeitsentwicklung zur Einsatzbereitschaft. Bisher wurden vom EU-Rat 34 Projekte angenommen (EU-Sanitätskommando, Ausbildungsmissionen, Cybersicherheit, Katastrophenhilfe, Meeres- und Weltraumüberwachung, Helikopterschulungen, Nachrichtendienste, Nutzung von Übersee-Stützpunkten...). Die nationalen Umsetzungspläne sollen jährlich vom EU-Rat überprüft werden. Einer der Punkte, die im PESCO-Programm auch enthalten sind, ist das Militärtauglichmachen der Verkehrswege in der EU. Der europ. Verteidigungsfonds bietet erhöhte Kofinanzierung für Forschung und Entwicklung. Die EU bietet verschiedene Finanzierungstöpfе, die verdeckt oder offen der Aufrüstung und Militarisierung dienen, obwohl Rüstungsförderungen in den EU-Verträgen nicht erlaubt sind.

SSZ: „gemeinsames Handeln stärkt die Souveränität, wobei die einzelstaatliche Souveränität nicht eingeschränkt wird“. Es gilt nicht als Militärpakt, da die Einsatzentscheidung beim Mitgliedsstaat bleibt.

[pesco factsheet november 2018 de 0.pdf \(europa.eu\)](#).

Trotzdem ist es verwunderlich, dass diese Zusammenarbeit im Parlament nicht erörtert wurde, sondern von der seinerzeitigen türkis-blauen Regierung beschlossen wurde. Das Motiv könnte die europäische Kooperation von Bundesheermitgliedern und die Aussicht auf EU-Förderungsmittel gewesen sein.

Da die meisten EU-Mitgliedsstaaten bei der NATO sind, erscheint die Kooperation die Neutralität zu verletzen.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat gesagt, dass „PESCO der EU-Arm der NATO“ ist.

[atomgegner.at/wp-content/uploads/2020/02/PESCO-EU-Arm-der-NATO.pdf](#)

Friedensattac als auch die andere Mitglieder von AbfaNG sehen weder eine Nützlichkeit noch eine Notwendigkeit bei PESCO mitzumachen. Der Ausstieg wird verlangt.

Im **Vertrag von Lissabon** ist eine gemeinsame Verteidigungspolitik vorgesehen. Eigentlich darf Österreich aufgrund seiner Neutralität an der EU-Aufrüstung nicht mitmachen:

[atomgegner.at/wp-content/uploads/2019/12/ggae\\_5-19\\_NEU\\_Endf-1.pdf](#)

2005 beschloss der EU-Rat die Schaffung von nicht ständigen **Battlegroups**, mit denen die EU im Rahmen der [Europäischen Sicherheitsstrategie](#) ihre Fähigkeit verbessern will, nach einer entsprechenden politischen Entscheidung schnell auch militärisch auf Krisen und Konflikte reagieren zu können. Einsätze sollen **in erster Linie** mandatiert durch die Vereinten Nationen erfolgen. Neben dem rein militärischen Aspekt ist das EU-Battlegroup-Konzept im Rahmen der [Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik](#) auch als ein Schritt zur Schaffung eines Konsultations-, Planungs- und Entscheidungsmechanismus innerhalb der EU von Bedeutung. [EU Battlegroup – Wikipedia](#)

Bundesheereinheiten haben schon des Öfteren an diesbezüglichen Einsatzübungen teilgenommen. Auch stellt sich die Frage der Vereinbarkeit mit der Neutralität und der fehlenden parlamentarischen Genehmigung. Österreich darf als neutraler Staat an den militärischen Tätigkeiten bis hin zu Vor-Ort-Einsätzen in Krisen- und Kriegen von einzelnen EU-Großmächten oder der EU als Gesamt"-Großmacht" eben nicht teilnehmen. Gerade das, sich nie wieder im Interesse von Großmächten in Krisen und Kriege hineinziehen zu lassen, war die Lehre aus 2 Weltkriegen, der Grund für die Neutralitätserklärung! Da 80% und mehr der Österreicher\*innen treten für die Neutralität und gegen Aufrüstung und Kriegsteilnahme ein. Trotzdem erklären Österreichs Regierungen alle Maßnahmen als sicherheitspolitisch notwendig und daher friedenssichernd - und mit der Neutralität vereinbar

Der Friedensforscher Thomas Roithner hat vor einiger Zeit einen Übersichtsartikel geschrieben  
[18roithner\\_oesterreich\\_und\\_eu\\_militarisierung.pdf](#)

Die NATO-[Partnerschaft für den Frieden – Wikipedia](#) (englisch: **Partnership for Peace; PfP**) ist eine 1994 ins Leben gerufener Vertrag zur militärischen Zusammenarbeit zwischen der NATO und 20 Staaten, die keine NATO-Mitglieder sind. [NATO2030](#), Das Ausmaß der Zusammenarbeit kann von jedem teilnehmenden Staat selbst bestimmt werden (gilt somit nicht als Militärbündnis). Mitgliedsstaaten neben den NATO-Staaten sind die ehemaligen Sowjetrepubliken Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan und Weißrussland, die ehemaligen jugoslawischen Republiken Bosnien und Herzegowina und Serbien, die EU-Staaten Finnland, Irland, Malta, Österreich und Schweden, sowie die Schweiz.  
[https://www.nato.int/nato\\_static\\_fl2014/assets/pdf/2020/12/pdf/201201-Reflection-Group-Final-Report-Uni.pdf](https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2020/12/pdf/201201-Reflection-Group-Final-Report-Uni.pdf)

Die Türkei blockiert derzeit die Kooperation der NATO mit Österreich.  
Seit August 2020 kooperiert das BH mit der US-Nationalgarde: gemeinsame Übungen und Austausch von Expert\*innen. Die Teilnahme am **State Partnership Program** wurde zwischen US-Außenminister Pompeo und BM Tanner beschlossen: „wir können wechselseitig voneinander profitieren“. Wozu?

Es wurde bekannt, dass 10 österr. **Bundesheerangehörige in Afghanistan** eingesetzt sind, zur Schulung der Sicherheitskräfte im Rahmen der **NATO-Result Support Mission**. Wozu?

Österreich nimmt seit 1960 mit 100.000 Soldaten und zivilen Helfern an über 100 internationalen **UNO-Missionen** teil: derzeit im Libanon, in Mali, auf Zypern, in der Westsahara und im Nahen Osten.

Wer hat noch einen Überblick über die militärischen Auslandsaktivitäten Österreichs inner-/außerhalb UNO?  
<https://www.bundesheer.at/archiv/a2019/unserheer2030/pdf/unserheer2030.pdf>

Eine Anfrage an den Verteidigungsausschuss? [Landesverteidigungsausschuss \(parlament.gv.at\)](#)  
Wäre eine Klärung über eine Verfassungsklage aussichtsreich? Wer kann klagen?

Das Interesse an militärischen Kooperationen könnte auf Rüstungsaufträge (inkl. als Zulieferer für dt. Unternehmen) ausgerichtet sein, aber auch zur Prestige-Steigerung für BH-Offiziere. Thomas Starlinger (Verteidigungsminister 2009/10 [Thomas Starlinger – Wikipedia](#)) war 2003-2007 bei der Europ. Verteidigungsagentur in Brüssel, erhielt 2018 die Fähigkeitsbescheinigung der NATO, streitkräfteübergreifende Einsätze zu planen. Er erstellte einen Zustandsbericht des BH und einen Budgetplan für das BH über 5 Mrd.€. Der ÖVP EU-Abgeordnete Lukas Mandl unterstreicht das Geschäft, das aus der Rüstung der EU für die Wirtschaft: <https://politische-akademie.at/de/termine/24-europaforum-die-europaeische-sicherheit-auf-dem-pruefstand>  
<https://www.youtube.com/watch?v=wYMLQuJmi9A&feature=youtu.be>

Die Friedensmission der EU soll sich auf Diplomatie in Krisenregionen konzentrieren statt auf militärische Aufrüstung, die nicht der Sicherheit der Bürger\*innen dient.

Degi meint, was wir in Österreich fordern, internationale „Friedensarbeit“ und aktive Neutralität auch für die EU gelten soll (zB zur Vermittlung zwischen Iran und USA, Friedenstagung im mittleren Osten etc.). Seine Vision ist eine neutrale EU, keine NATO-Partnerschaften der Mitglieder, dann könnte es auch EU-Militärgruppen geben, die aber vom Parlament (oder einer künftigen Länderkammer statt dem EU-Rat) und der UNO unterstellt werden.